

Fragen der Neuorientierung im Landtag.

58. Sitzung vom Donnerstag, 15. Februar.

(Fortsetzung.)

Die

zweite Lesung des Etats des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. v. Grampehn (Pole) lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Lage der polnischen Saisonarbeiter.

Ein Erlaß über Zurückführung von polnischen Arbeitern in die Landwirtschaft, sowie das Verbot der Beschäftigung in Kleinbetrieben hat große Erbitterung hervorgerufen. Ständig sind Hunderte von polnischen Arbeitern wegen Verlassens der Arbeitsstätte im Gefängnis. Wir können es nicht verstehen, wie die Rede Korfantsys einen derartigen drohenden Ton bei dem Minister auslösen konnte. Seinem früher wiederholt ausgesprochenen Wohlwollen haben wir nie großes Gewicht beigelegt. Wo nichts als Rechte gefordert werden, kann Wohlwollen beleidigung sein. Korfantsy hat mit keinem Wort den Standpunkt eines preußischen Staatsbürgers verlassen und nicht mehr verlangt, als was die Verfassung den Polen zuspricht. Seine Rede mag scharf gewesen sein, aber nicht im Ton, sondern in der unangenehmen Zusammenstellung des Tatsachenstoffes. Das ist nicht unsere Schuld.

Die wirtschaftliche Entwicklung der polnischen Bevölkerung in den letzten 30 bis 40 Jahren war der Regierung ein Dorn im Auge. Sie hat den Beamten verboten, bei Polen einzukaufen, den Anstehenden, Polen zu beschäftigen, den Militärbehörden wurde untersagt, Polen Militärlieferungen zu übertragen. Aber wir wären nach wie vor bereit, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen, wenn nicht Tatsachen vorliegen würden, die uns die Wiederkehr der früheren Zustände befürchten lassen. 150 polnische Gymnasialisten wurden entlassen, weil ihre Geschwister in der Volksschule den deutschen Religionsunterricht nicht besuchen wollten. Wir können in die ausgefretete Hand des Ministers nicht einschlagen, so lange er in der anderen Hand den Dolch der Ausnahmeergesetze versteckt hält. Wir sollen den Burgfrieden gestört haben? Gibt es überhaupt einen Burgfrieden zwischen Machthabern und Entrechteten? Würde das Leben der Deutschen im Osten erschwert werden dadurch, daß die Polen eigene Schulen haben oder daß die Amtssprache polnisch wäre? Der Minister verlangte, wir sollten für das Manifest über die Gründung des Königreichs Polen dankbar sein. Wir unterschätzen es nicht. Es ist ein genialer Schachzug zur Beschleunigung und Sicherung des europäischen Friedens. Die Regierung hat es aber ostentativ vermieden, vor dem Manifest mit den berufenen Vertretern des polnischen Volkes in Verbindung zu treten, sie hat das polnische Volk nur als Objekt betrachtet. Eine Annäherung ist ausgeschlossen, so lange nicht die volle Sprachfreiheit im öffentlichen Leben und die nationale Freiheit in den ethnographischen Grenzen gewährt ist. Wir wollen nichts weiter als mit den Deutschen als freie mit den freien leben. Eine offene Aussprache kann die Mißverständnisse nur beseitigen. (Beifall h. d. Polen.)

Minister des Innern von Voebell: Die russisch-polnischen Arbeiter sind ein sehr wertvoller Bestandteil unserer Arbeitskräfte, die wir während des Krieges nicht entbehren können. Es liegt auf der Hand, daß gewisse Schwierigkeiten bestehen, weil diese Leute so lange von der Heimat fern sind. Wir haben nach Möglichkeit versucht, Erleichterungen einzutreten zu lassen. Das Verbot des Ortswechsels ist aus militärischen Gründen erfolgt und muß aufrecht erhalten werden. Besuche werden aber in bereitwilliger Weise zugelassen. Für eine möglichst milde Praxis wird gesorgt werden. In der Lohnfrage ist der Minister des Innern nicht zuständig. Die Verträge beruhen auf Abmachungen mit der Arbeiterzentrale. Lohnrückereien mögen vorkommen, aber im allgemeinen weiß unsere Landwirtschaft den Wert der Arbeitskräfte richtig einzuschätzen, so daß sie nicht daran denkt, durch geringere Löhne sich misshandigte und unlustige Arbeiter zu schaffen. (Sehr richtig! rechts.) Die einzelnen Vorwürfe des Vorredners waren außerordentlich übertrieben. Gewiß, ich habe angeordnet, daß die Arbeiter, die in der Landwirtschaft tätig sind, auch dort bleiben sollen. Für diese Anordnung übernehme ich jede Verantwortung. Es wäre pflichtvergeßend von mir, wenn ich im Interesse der Volksernährung nicht dafür sorgen würde, daß der Landwirtschaft alle Kräfte erhalten bleiben und daß ihr fogar noch neue zugeführt werden. (Sehr richtig! rechts.)

Wohlwollen für die Polen.

Der Vorredner hat dann versucht, das Vorgehen des Abg. Korfantsy zu rechtfertigen. Ich muß deshalb daran erinnern, daß ich verschiedene Male in nachdrücklicher Weise erklärt habe, daß die Regierung beabsichtigt, alsbald nach dem Kriege den Wünschen der preußischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität nach Möglichkeit, soweit die deutschen Interessen es zulassen, entgegenzukommen. Solche Erklärungen sind wiederholt abgegeben worden. Damals wies ich darauf hin, daß Deutsche und Polen sich in diesem Kriege nähergetreten sind, daß nach dem Kriege die Gefesgebung und Verwaltungspraxis geprüft werden sollen und daß das Wohlwollen der Regierung für die polnisch sprechende Bevölkerung zum Ausdruck kommen solle. Diese Erklärungen waren deutlich und konnten nicht mißdeutet werden. Die polnische Fraktion mußte damit auch die Sicherheit haben, daß die Regierung diese Erklärungen wahr machen wird. Inzwischen ist im November die feierliche Proklamation des Königreichs Polen erfolgt. Nach allen diesen Vorgängen und nachdem die Verwaltungspraxis gegenüber den preußischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität eine außerordentlich milde gewesen ist, hielt es der Abg. Korfantsy für angebracht, am 19. Januar hier eine Rede zu halten, die auf alle Fußräder den Eindruck einer Streitrede ersten Ranges machen mußte. (Sehr richtig!)

Der Abg. Korfantsy hat gesagt, die polnische Bevölkerung sei mit Mißtrauen gegen die Staatsregierung erfüllt und er sei beauftragt, dem Mißtrauen energischen Ausdruck zu geben. Das war eine Kriegserklärung in allerbesten Form. Tatsachen, die dieser Mißtrauensnotum irgendwas rechtfertigen könnten, hat er nicht beigebracht. Ich war also nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, mit dem größten Nachdruck einer solchen Auffassung entgegenzutreten. (Sehr richtig! rechts.) Ich übernehme dafür die volle Verantwortung. Damals habe ich schon gesagt, daß der Abg. Korfantsy nur der Dolmetscher einer verhältnismäßig kleinen Zahl seiner Stammesgenossen sei. Die Presse der nationaldemokratischen Partei, der er nahesteht, ist ihm natürlich mehr oder weniger beigegeben. Aber eine große Zahl anderer polnischer Blätter hat seine Rede ebenso verurteilt wie wir. Wenn er für sich allein gesprochen hätte, hätte ich mich vielleicht gar nicht zu einer Antwort bereifunden lassen. Aber da er ausdrücklich erklärte, im Namen seiner Fraktion zu sprechen, so war eine scharfe Antwort durchaus notwendig.

Es ist bezeichnend, daß der Vorredner, um seine Beschwerdefälle zu belegen, auf Vorgänge aus den neunziger Jahren zurückgekommen ist. Auch die beiden von ihm vor zwei Jahren eingelegten Be-

schwerden hat er nicht so bezeichnet, daß ich ihnen nachgehen könnte. Ich bitte ihn, das noch zu tun. Im übrigen vermisse ich jeden Tatsachenstoff, der mir Anlaß zu Nachforschungen geben könnte.

Die Beschwerden des Abg. Korfantsy betrafen zum Teil nicht mein Ressort. Meiner Rundverfügung über Erleichterungen bei Erteilung der Ansiedlungsbescheinigung ist entsprochen worden. Es ist seither eine durchaus milde sachliche Praxis befolgt worden. Die Ansiedlungskommission hat seit Kriegsbeginn ihre Anlaufstätigkeit nahezu eingestellt. Darin ist eine Zurückhaltung der Regierung zu erblicken. Auch die sonstigen Beschwerden, die vorgebracht wurden, sind nach meiner Auffassung haltlos, jedenfalls stark übertrieben. Begründete Beschwerden werde ich auch weiterhin prüfen und ihnen stattgeben, wo es nötig ist. Ganz allgemein gehaltene Anschuldigungen, wie sie damals erhoben worden sind, weise ich unbedingt zurück, weil sie nicht die Sache treffen. Im übrigen werde ich mich durch dieses Vorkommnis nicht beirren lassen, weiterhin eine milde Praxis zu handhaben, und ich hoffe, daß die Polen ihrerseits nun auch zu einer anderen Auffassung kommen, die der Haltung der Regierung Rechnung trägt. (Beifall.)

Abg. Cassel (Vpt.): Wir sind immer dafür eingetreten, daß alle preußischen Staatsbürger nach gleichem Recht und unter gleichen Grundgesetzen behandelt werden. Wenn man von den Polen verlangt, daß sie sich als preußische Staatsbürger fühlen und betätigen, dann muß auch volle Gleichberechtigung Platz greifen. Ohne Rücksicht auf ihre Haltung gegenüber der Regierung. Wären doch die Ausnahmeergesetze niemals erlassen worden! Wir haben immer gegen sie getimmt. Ganz gut könnte man auch im Kriege den Enteignungsparagrafen beseitigen. Nach der heutigen Erklärung des Ministers nehme ich an, daß die Staatsregierung nach dem Kriege gleichmäßige Rechtsanwendung auch den Polen gegenüber sichern wird. Wir werden an diese Verheißung erinnern. Aber auch die Polen möchte ich bitten, nicht eine Haltung einzunehmen, die der Regierung das Schwert und den Erfolg unserer Unterstützung schmälern kann. (Sehr richtig! links.) Wir halten an unserem Standpunkt fest, bitten aber, sachlich zu diskutieren und zu bedenken, daß wir niemals die Deutschen im Osten im Stich lassen und niemals daran denken werden, dieses Land aufzugeben. (Lebh. Zustimmung links.) Wir wollen, daß die Ostmark gefördert und niemand in ihr bedrängt wird. (Beifall links.)

Die Ernährungsfrage.

Freudig begrüßen wir es, daß auch die Rechte auf die Unabhängigkeit der Zivilverwaltung von den Militärbehörden so großen Wert legt. Wenn aber selbst von so vielen Landräten festgehalten ist, daß die Milderung von Lebensmitteln auf dem Lande käumig erfolgt, so muß es doch die Aufgabe des Reiches und besonders auch der Kriegsverwaltung sein, hier einzugreifen. Den Berliner Gewerkschaftsführern ist vom Minister des Innern zugegeben worden, daß aus dem Lande noch viel mehr herauszuholen wäre als bisher. (Hört! hört! links.) Dafür zu sorgen, wird vor allem die Aufgabe des neuen Staatskommissars sein. Das Volk ist gewiß gewillt, alle Entbehrungen zu ertragen, um den Krieg erfolgreich zu beenden; aber das Bewußtsein, daß an einer Stelle vorhanden ist, was an der anderen fehlt, muß Unwillen hervorrufen und die Kriegsstimmung schädigen. Das muß im Interesse des Vaterlandes gebessert werden. Dem Verlangen nach schärfster Bekämpfung jeglichen Wuchers schließen wir uns vollkommen an, wir fordern aber ebenso, daß die Ausfuhrverbote aufgehoben, die zur Folge haben, daß in dem einen Kreise Mangel herrscht, während im Nachbarkreise alles reichlich vorhanden ist. Darunter leiden besonders die Industriebezirke. (Sehr wahr! links.) Wir wünschen weiter, daß die Stellen in den Kriegswirtschaftsämtern nicht bloß mit Landwirten, sondern auch mit Vertretern von Handel und Industrie und der Städte, sowie der Konsumenten besetzt werden. In Bezirken mit starker Arbeiterbevölkerung sollte man auch Arbeiter berufen. Die Verkehrebeschränkungen haben in den letzten Tagen eine gewisse Verbesserung erfahren. Bei so tief einschneidenden Maßnahmen müßten aber zuerst die städtischen Verwaltungen gehört werden. Die frühere Sperrstunde für die Gastwirtschaften schädigt nicht nur die Gastwirte, sondern auch ihre Lieferanten und die Hausbesitzer. Man sollte deshalb eine Änderung erwägen. Durchaus falsch ist es auch, wenn im ganzen Regierungsbezirk Frankfurt a. O. eine einheitliche Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt wird, für die sehr erheblichen Städte ebenso wie für die kleinsten Dörfer. Sogar die gemeinnützige Tätigkeit von Kriegsfürsorgevereinen wird dadurch beeinträchtigt, denn bei Tag haben die Mitglieder keine Zeit zur Beratung. (Hört! hört! links.)

Erweiterung der Selbstverwaltung.

Bei der Verwaltungsreform kann es sich nicht nur um eine Vereinfachung und Verbilligung handeln, sondern es ist notwendig, eine Verwaltungsorganisation einzuführen, die am besten geeignet ist, in der heutigen Zeit den Interessen der Bevölkerung zu genügen. Schon die Immediatkommission hat an einer Abgrenzung zwischen Selbstverwaltung und Staatsverwaltung gearbeitet, die der Selbstverwaltung möglichst großen Raum geben sollte. Wenn die Ziele der Selbstverwaltungserlasses des Ministers des Innern erreicht werden sollen, dann kann das nicht durch Gefesparagrafen allein geschehen; alle die Eingriffe in die Selbstverwaltung, die in früheren Jahren und mitunter bis in die Kriegszeit stattgefunden haben, können nur dann beseitigt werden, wenn der Geist der Anerkennung der Selbstverwaltung bei allen Beamten durchdringt und wenn alle Staatsbehörden einsehen, daß Aufschließen nicht bedeutet, mit rauher Hand einzugreifen. (Sehr wahr! links.) Es müßten auch in die höheren Schulbehörden Lehrer und in die mittleren, wie die Provinzial-Schulkollegien, Laien berufen werden. Die Teilnahme von Lehrern an der Entscheidung von Fragen der Beherrschungsdisziplin in den oberen Instanzen ist durchaus wichtig im Interesse des ganzen Staates. Aus diesem Grunde müssen wir uns auch gegen den Vorschlag wenden, daß dem Landrat ein erhöhter Einfluß auf die Schule eingeräumt wird. Frhr. v. Jellich meinte, der Landrat könne alle äußeren Schulangelegenheiten erledigen, der Kreisphysikinspektor aber die inneren Angelegenheiten. Zunächst: was sind äußere und was sind innere Schulangelegenheiten? (Sehr richtig! links.) Der Landrat wird immer die Haupttrümpe in der Hand haben und wird sich auch der inneren Schulangelegenheiten bemächtigen. Frhr. v. Jellich hat uns Reaktionen genannt, weil wir uns gegen diese Neuerungen wenden. Uns schreut dieser Vorwurf nicht, wir werden uns stets gegen ungewöhnliche Neuerungen auflehnen. Frhr. v. Jellich hat uns auch die vorbildliche Art geschildert, in der er als Landrat früher gearbeitet hat und bei der es ihm gelungen ist, für seinen Kreis weitgehende Vorteile durchzusetzen, ohne die Kreisabgaben dafür in Anspruch zu nehmen. Nach meiner Ansicht liegt das daran, daß Frhr. v. Jellich damals auch ein politisierender Landrat war. (Weiterkeit.) Wäre Frhr. v. Jellich damals ein entpolitisierter Landrat gewesen, so wären ihm diese Vorteile für seinen Kreis wohl nicht so leicht zuteil geworden. (Sehr richtig! links.) So

lange die Landräte sich als Führer bestimmter politischer Parteien betrachten und die Wahlkämpfe in ihren Kreisen gewissermaßen als die politischen Chefs leiten, so lange haben wir zu ihm nicht das Vertrauen einer objektiven Behandlung staatlicher Dinge. (Lebhafte Zustimmung links.)

Reform des Herrenhauses.

Unsere Stellung zu der Besetzung der Beamtenstellen ist bekannt. Wir verlangen, daß die Stellen im Staate nach rein sachlichen Gesichtspunkten von den Tüchtigsten besetzt werden. Für die Katholiken hat gestern der Minister weitgehendes Entgegenkommen zum Ausdruck gebracht. Ich hoffe, daß seine Ausführungen für alle Konfessionen gelten, auch für die jüdische Konfession, die in der höheren Verwaltung überhaupt nicht vertreten ist. Es ist von einer Reform des Herrenhauses gesprochen worden. Auch wir können nicht anerkennen, daß mit der Berufung eines Handelsmeisters eine genügende Vertretung dieses wichtigen Wirtschaftskreises eingetreten ist. Wir verlangen, daß auch Arbeiter ins Herrenhaus kommen. Mag man sich zum Herrenhaus stellen wie man will, solange es besteht, halten wir entgegen dem Vorschlage des Abg. v. Kardorff an dem unbegrenzten Ernennungsrecht des Königs fest. Auch wir können einmal (nach rechts) gegenüber als Verteidiger eines Kronrechtes auftreten. (Weiterkeit links.) Wir sehen in dem unbegrenzten Ernennungsrecht des Königs die einzige Maßnahme, um bei einem krassen Widerspruch zwischen beiden Häusern eine Uebereinstimmung der Gefesgebung herbeizuführen.

Die Wahlrechtsfrage.

Auch unsere Haltung zum Wahlrecht ist bekannt. Das jetzige Wahlrecht ist unhaltbar. Wir verlangen nach wie vor die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen. Keine Zeit wie die jetzige hat so klar gezeigt, wie notwendig gerade ein gleiches Wahlrecht für alle Staatsbürger ist. Wenn draußen alle in gleicher Weise das Vaterland schützen und schützen, dann darf hier im Lande keine Abstufung des Wahlrechts erfolgen. (Sehr richtig! links.) Die kräftigste Beurteilung des jetzigen Wahlrechts ist die geringe Beteiligung an den Landtagswahlen, während die Teilnahme zu den Reichstagswahlen von Wahl zu Wahl wächst. Die preußischen Wähler bleiben zu Hause, nicht etwa, weil hier weniger wichtige Dinge zur Verhandlung kommen, sondern weil sie das Gefühl haben, minderen Rechtes zu sein. (Sehr richtig! links.) Das Interesse am Staate kann bei allen Staatsbürgern nur dann in gleicher Weise vorhanden sein, wenn sie auch alle mit gleichem Recht an den Geschicken des Staates teilnehmen können. (Sehr richtig! links.) Wir unterstreichen, was Dr. Radnide schon bei der ersten Lesung gesagt hat, daß die Wahlreform vor den nächsten Wahlen gemacht wird. Es ist für uns ein unerträgliches Gedankes, daß die, die draußen den gleichen Schritt und Tritt marschieren, hier bei der Wahl nach Klassen eingeteilt werden. Wenn die Rechte sagt, die Kämpfer draußen kämpfen nicht für irgendein Wahlrecht und verlangen für ihren Selbdenmut auch keine Belohnung, so ist das eine vollständige Umdrehung des Sachverhalts. Unsere Kämpfer kämpfen um des Vaterlandes und nicht um einer Belohnung willen. Eine Belohnung für ihren Selbdenmut gibt es gar nicht, sie müssen sich mit dem Dank des ganzen Volkes begnügen. Aber etwas anderes ist es, ob wir die, die wir nicht belohnen können, politisch differenzieren dürfen. (Sehr richtig! links.) Wird die Wahlreform nicht vor Friedensschluß gemacht, dann wird nach dem Kriege die Verantwortung über die Ungerechtigkeit in Preußen die Gemüter der Kämpfer beschleichen. (Sehr richtig! links.) Trotzdem unsere Forderung selbstverständlich ist, sind Zweifel bei mir aufgetaen, ob wir dieses Ziel werden erreichen können angesichts der gewaltigen Anstürme, die gegen das allgemeine Wahlrecht unternommen werden. Daher erneuern wir unseren Appell, die Sache vor Friedensschluß zu erledigen, denn vielleicht wird die erste Zeit nach dem Kriege auch für nicht geeignet erklärt zur Erledigung der Wahlreform. Die Regierung muß sich ihrer schweren Verantwortung in dieser Frage stets bewußt bleiben, sie muß die Grundzüge der Reform sobald als möglich, auch noch während der Dauer des Krieges, dem Hause vorlegen. (Sehr richtig! links.)

Der Mißbrauch des Burgfriedens.

Die Rechte beruft sich auf den Burgfrieden. Wo war der Burgfriede bei einer so illiberalen Vorlage, wie es das Fidei-Lomirgesetz ist, das auf Kosten der Volkswirtschaft bestimmte privilegierte Familien begünstigt. (Sehr wahr! links.) Und wo war der Burgfriede gestern, als Herr v. d. Osten von der mechanischen Staatsauffassung sprach und das allgemeine Wahlrecht als ein Schlagwort bezeichnete. Wäre er konsequent, so müßte er die Abschaffung des Reichstagswahlrechtes fordern. Aber da hängen der Rechten die Trauben zu hoch. Es wäre ja auch ein unerhörtes Beginnen, wenn man das Wahlrecht im Reich ändern würde, das einen Reichstag zustande brachte, der seine Pflichten gegen das Reich und das deutsche Volk in so glänzender Weise erfüllt hat. Es kommt uns allmählich so vor, als ob der Burgfriede zu bedeuten hat, daß wir Liberalen möglichst still zu sein haben, während die Gegner gegen unsere Bestrebungen das schwerste Geschick aufzuheben dürfen. Wir unterhalten uns jetzt auch während des Krieges über die Wahlrechtsfrage, weshalb sollen wir da nicht auch Beschlüsse fassen können? Das Reichstagswahlrecht in Preußen wird kommen, denn es ist unmöglich, im größten deutschen Bundesstaat ein anderes Wahlrecht für die Dauer aufrecht zu erhalten als im Reich. Preußen muß handeln, ehe es zu spät ist.

Wir vertrauen auf einen glücklichen Ausgang dieses furchtbaren Krieges. Wir vertrauen unserem tapferen Heer und unseren heldenmütigen Führern. Der Abg. v. d. Osten hat gestern einen Weheruf ausgestoßen. War das wirklich zeitgemäß? Der Abg. Reinert hat der Vermutung Ausdruck gegeben, daß dieser Weheruf sich gegen den Kanzler richtete. Wir wissen nicht, welche Veranlassung zu diesem Rastandruf gerade jetzt vorlag. (Sehr richtig! links.) Uns ist jedenfalls unbekannt, wer außer unseren Feinden der Ehre des preußischen und deutschen Volkes zuzuhören will. (Sehr richtig! links.) Wir werden die gegenwärtigen Gefahren übersehen und einen Frieden erringen, der die Unversicherheit unseres Staates und seine Sicherheit gegen äußere Feinde verbürgt, und der auf allen Gebieten uns eine freie, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung läßt. Der Kampf darf aber auch nicht einen Augenblick länger geführt werden, wenn dieses Ziel erreicht ist. Wir geben alles hin für das Vaterland, aber führen den Krieg auf Grund utopischer Hoffnungen nicht weiter. Die Einführung eines gerechten Wahlrechts in Preußen wird mit dazu beitragen, daß Preußen und Deutschland in der Welt auch moralische Eroberungen machen werden. Wenn das eintritt, dann wird der Ruf Preußens in alle Welt ertönen und es wird sich als bester Stütze des Reiches für alle Zukunft erweisen. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Grunenberg (Str.) regt Verbesserungen beim Statistischen Jahrbuch für den preußischen Staat an. Die geringe Zahl katholischer Beamter kann man nicht mit der Behauptung abtun, daß